

Stämpfli juristische Lehrbücher

Niklaus Oberholzer

Grundzüge des Strafprozessrechts

4. Auflage



Stämpfli Verlag

Das vorliegende Werk orientiert sich an einer systematischen Darstellung des Schweizerischen Strafprozessrechts. Es beschränkt sich nicht auf eine isolierte Kommentierung der einzelnen Artikel, sondern versucht, die prozessualen Bestimmungen in ihrem Gesamtzusammenhang zu erfassen. Es erläutert die dogmatischen Grundprinzipien des Strafprozessrechts und stellt die bundesgerichtliche Rechtsprechung weitgehend vollständig dar. Unstimmigkeiten werden aufgezeigt und Entwicklungen der Rechtsprechung werden kritisch hinterfragt.

Die «Grundzüge des Strafprozessrechts» sind unentbehrlich für all jene, die sich mit Fragen der Rechtsanwendung im Strafverfahren auseinandersetzen. Dies gilt gleichermassen für Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte wie auch für Mitglieder der Strafverfolgungsbehörden und der Gerichte. Studierende begleitet es auf ihrem Weg zu einem besseren Verständnis der komplexen Abläufe des Strafverfahrens.

Niklaus Oberholzer

Dr. iur., Rechtsanwalt

Ehemaliger Untersuchungsrichter, Strafverteidiger, Präsident der
Anklagekammer des Kantons St. Gallen und Richter an der
strafrechtlichen Abteilung des Schweizerischen Bundesgerichts

Grundzüge des Strafprozessrechts

4. Auflage



Stämpfli Verlag

Zitiervorschlag:
Oberholzer, Strafprozessrecht, 4. Aufl.

Dieses Buch ist urheberrechtlich geschützt. Jede Form der Weitergabe an Dritte (entgeltlich oder unentgeltlich) ist untersagt. Die Datei enthält ein verstecktes Wasserzeichen, in dem die Daten des Downloads hinterlegt sind.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, der Verbreitung und der Übersetzung. Das Werk oder Teile davon dürfen ausser in den gesetzlich vorgesehenen Fällen ohne schriftliche Genehmigung des Verlags weder in irgendeiner Form reproduziert (z. B. fotokopiert) noch elektronisch gespeichert, verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

© Stämpfli Verlag AG Bern · 2020
www.staempfliverlag.com

E-Book ISBN 978-3-7272-4631-9
Print ISBN 978-3-7272-3514-6



Vorwort

Die «Grundzüge des Strafprozessrechts», früher noch mit dem Untertitel «Dargestellt am Beispiel des Kantons St. Gallen» versehen, erscheinen nun in vierter Auflage. Jede dieser Auflagen wurde aus einer unterschiedlichen Berufsperspektive verfasst. Während ich bei der ersten Auflage noch als kantonaler Untersuchungsrichter wirkte, war ich bei der zweiten Fassung als selbstständiger Rechtsanwalt und Strafverteidiger tätig. Die dritte Auflage war von meiner Tätigkeit als Präsident einer kantonalen Berufungsinstanz geprägt, und das nun vorliegende Werk beruht auf meinen Erfahrungen, die ich als Mitglied der strafrechtlichen Abteilung des Schweizerischen Bundesgerichts machen durfte. Da «das gesellschaftliche Sein bekanntlich das Bewusstsein prägt», handelte es sich bei den jeweiligen Neuauflagen auch nicht einfach um Überarbeitungen früherer Fassungen, sondern um eigentliche Neuschöpfungen. Der eine oder andere Schwerpunkt mag sich dabei, teilweise sogar massiv, verändert haben; die Grundlinie blieb sich aber immer gleich: Erst im Strafprozess zeigt sich, wie ernst es eine staatliche Ordnung mit ihrem Bekenntnis zum Rechtsstaat meint.

Die Schweizerische Strafprozessordnung feiert schon bald ihr zehnjähriges Jubiläum. Sie hat die lang ersehnte Einheitlichkeit gebracht und vielerorts auch zu erheblichen Verbesserungen geführt. In der täglichen Rechtsanwendung zeigen sich aber auch gewisse Schattenseiten. Der hohe Detaillierungsgrad und die Betonung formalistischer Abläufe haben weder die Arbeit der Strafbehörden einfacher gemacht noch für die Betroffenen zu mehr Rechtsstaatlichkeit geführt.

Umso wichtiger erscheint es deshalb, den Fokus nicht auf einzelne Bestimmungen zu richten, sondern den Strafprozess als Ganzes zu betrachten. Entgegen dem aktuellen Trend der Zeit habe ich auf eine Kommentierung der einzelnen Gesetzesbestimmungen verzichtet und den Weg einer Gesamtdarstellung gewählt. Ob dieser Versuch, das ineinandergreifende Räderwerk des Strafprozesses in seinen dynamischen Bezügen und wechselseitigen Abhängigkeiten zu erfassen, gelungen ist, werden die Leser und Leserinnen zu entscheiden haben.

Die «Grundzüge des Strafprozessrechts» sind in erster Linie für all diejenigen gedacht, die sich in ihrem beruflichen Alltag mit Fragen des Strafverfahrens auseinandersetzen. Es soll Rechtsbeiständen und Angehörigen der Strafverfolgungsbehörden und der Gerichte gleichermassen dazu dienen, ihre nicht immer einfache Aufgabe zu erfüllen. Es soll aber auch Studierende auf ihrer Suche nach einem gesellschaftlich vernünftigen Umgang mit «Schuld und Verbrechen» begleiten können.

Das Buch ist entstanden aus meiner Lehrtätigkeit und ist zweifellos geprägt von meinen beruflichen Erfahrungen in unterschiedlichen Funktionen der Strafrechtspflege. Ich muss deshalb besonderen Wert darauf legen, dass es ausschliesslich meine persönliche Meinung wiedergibt.

Die Schweizerische Strafprozessordnung ist geschlechtsneutral formuliert. Soweit Gesetzestexte zitiert werden, habe ich die entsprechenden Formulierungen übernommen. Im Interesse der Lesbarkeit habe ich aber auf eine konsequente Umsetzung verzichtet. Soweit im Text Funktionsbezeichnungen in nicht geschlechtsneutraler Weise verwendet werden, beziehen sie sich selbstverständlich auf beide Geschlechter.

Schliesslich möchte ich mich bei all denen bedanken, die mir bei der Erstellung dieses Buchs behilflich waren. Dank gebührt zunächst allen Kolleginnen und Kollegen aus der Anwaltschaft, der Staatsanwaltschaft, den Gerichten und der Wissenschaft, mit denen ich viele interessante und spannende Diskussionen über Recht und Gerechtigkeit führen durfte. Ein ganz besonderer Dank geht an meinen langjährigen Freund Felix Bänziger und an meine Ehefrau Susanna Gabathuler für die kritische Durchsicht des Manuskripts.

Das Buch beruht auf dem Stand der Gesetzgebung und Rechtsprechung per Ende 2019.

St. Gallen, im Januar 2020

Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis IX

Abkürzungsverzeichnis XXIII

I. Kapitel: Allgemeine Grundsätze 1

II. Kapitel: Behörden 25

III. Kapitel: Zuständigkeit und Rechtshilfe 67

IV. Kapitel: Parteien und Verfahrensbeteiligte 121

V. Kapitel: Verfahrensrechte und Verfahrensgrundsätze 195

VI. Kapitel: Beweismittel und Beweiswürdigung 277

VII. Kapitel: Prozessuale Zwangsmassnahmen 349

VIII. Kapitel: Formeller Gang des Strafverfahrens 513

IX. Kapitel: Rechtsmittel 619

**X. Kapitel: Kosten, Entschädigungen, Rechtskraft und
Vollstreckung 687**

Sachregister 733

Gesetzesregister 763

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsübersicht	VII
-------------------------------	------------

Abkürzungsverzeichnis	XXIII
------------------------------------	--------------

I. Kapitel: Allgemeine Grundsätze.....	1
1. Wesen des Strafprozessrechts	3
1.1. Materielles Recht und Prozessrecht	3
1.2. Besonderheiten der Strafprozessrechtsdogmatik.....	4
1.3. Strafprozessrecht und Föderalismus.....	6
1.4. Spannungsverhältnisse im Strafprozess	8
1.4.1. Macht und Machthemmungen.....	8
1.4.2. Verfolgung Schuldiger und Unschuldiger.....	9
1.4.3. Recht und Gerechtigkeit.....	9
1.4.4. Gerechtigkeit und Rechtssicherheit.....	10
1.4.5. Formelle und materielle Wahrheit.....	11
1.5. Strafprozess als Rollenspiel	11
1.6. Strafprozess als zeremonielles Ritual.....	12
1.7. Strafprozess als dynamischer «Prozess»	13
1.8. Funktionswandel des Strafprozesses	14
2. Rechtsquellen.....	17
2.1. Schweizerische Strafprozessordnung.....	17
2.2. Europäische Menschenrechtskonvention	19
2.3. Rechtsquellen des Bundes.....	20
2.4. Rechtsquellen der Kantone.....	23
II. Kapitel: Behörden.....	25
3. Strafbehörden.....	27
3.1. Bestand der Strafbehörden	27
3.2. Polizei.....	28
3.2.1. Allgemeiner Polizeiauftrag	28
3.2.2. Abgrenzung zur gerichtspolizeilichen Tätigkeit	30
3.2.3. Polizeiliche Aufgabenerfüllung durch Private	31
3.3. Staatsanwaltschaft	33
3.4. Übertretungsstraßbehörden.....	35
3.5. Gerichte	36
3.5.1. Zwangsmassnahmengericht	37
3.5.2. Erstinstanzliches Gericht.....	37
3.5.3. Beschwerdeinstanz	39
3.5.4. Berufungsgericht.....	40

3.6.	Justizaufsichtsbehörden.....	41
3.6.1.	Aufsicht über die Staatsanwaltschaft	41
3.6.2.	Justizaufsicht	42
3.6.3.	Parlamentarische Obergericht.....	43
4.	Gerichtliche Neutralität.....	45
4.1.	Garantie des verfassungsmässigen Gerichts.....	45
4.1.1.	Rechtmässig besetztes Gericht	46
4.1.2.	Gerichtliche Unabhängigkeit.....	49
4.1.3.	Gerichtliche Unparteilichkeit	50
4.2.	Ausstandsgründe im Einzelnen	50
4.2.1.	Persönliches Interesse	50
4.2.2.	Besonderes Rechtsverhältnis.....	51
4.2.3.	Vorbefassung.....	51
4.2.4.	Verwandtschaft	56
4.2.5.	Befangenheit	56
4.2.6.	Freundschaft oder Feindschaft	59
4.3.	Ausstandsverfahren	60
4.3.1.	Ausstandsgesuch	60
4.3.2.	Ausstandsentscheid	62
4.3.3.	Folgen des Ausstandsentscheids	64
III.	Kapitel: Zuständigkeit und Rechtshilfe	67
5.	Sachliche und örtliche Zuständigkeit.....	69
5.1.	Grundsatz der Verfahrenseinheit.....	69
5.2.	Zuständigkeit des Bundes und der Kantone.....	72
5.3.	Innerkantonaler Gerichtsstand.....	75
5.4.	Interkantonaler Gerichtsstand	75
5.4.1.	Gesetzliche Anknüpfungsnormen	76
5.4.1.1.	Allgemeiner Gerichtsstand des Tatorts	77
5.4.1.2.	Auslandtat oder unbekannter Tatort.....	79
5.4.1.3.	Zusammentreffen von Straftaten.....	80
5.4.1.4.	Zusammentreffen von Beteiligten.....	81
5.4.1.5.	Besondere Gerichtsstände	82
5.4.2.	Gerichtsstandsverfahren	83
5.4.3.	Gerichtsstandskonflikt.....	85
5.4.4.	Abweichen vom gesetzlichen Gerichtsstand.....	87
6.	Rechtshilfe	89
6.1.	Nationale Rechtshilfe	89
6.2.	Internationale Rechtshilfe	92
6.2.1.	Zwischenstaatliche Vereinbarungen.....	93
6.2.2.	Innerstaatliche Regelung	93
6.2.3.	Gewährung internationaler Rechtshilfe.....	95
6.2.3.1.	Verfahrensart.....	96

6.2.3.2.	Deliktsart.....	97
6.2.3.3.	Rechtsstaatliche Verfahrensgarantien	99
6.2.3.4.	Gegenrechtserklärung	100
6.2.3.5.	Beidseitige Strafbarkeit.....	101
6.2.3.6.	Spezialitätsvorbehalt	101
6.2.3.7.	Auslieferung im Besonderen.....	103
6.2.4.	Verfahren der internationalen Rechtshilfe	107
6.2.4.1.	Polizeilicher Informationsaustausch	107
6.2.4.2.	Zuständigkeiten und Verfahren.....	107
6.2.4.3.	Anforderungen an das Ersuchen	109
6.2.4.4.	Anwendbare Rechtsordnung	112
6.2.4.5.	Teilnahme- und Anwesenheitsrechte	112
6.2.4.6.	Schutz des Geheimbereichs	113
6.2.5.	Rechtsschutz und Rechtsmittel.....	114
6.2.5.1.	Beschwerdeinstanz.....	116
6.2.5.2.	Anfechtungsobjekt	117
6.2.5.3.	Beschwerdeverfahren.....	117
IV.	Kapitel: Parteien und Verfahrensbeteiligte.....	121
7.	Beteiligte im Strafverfahren.....	123
7.1.	Prozessrollen	123
7.2.	Parteifähigkeit	124
7.3.	Verhandlungsfähigkeit	126
7.4.	Prozessfähigkeit	127
8.	Beschuldigte Person.....	129
8.1.	Begriff	129
8.2.	Rollenwechsel der beschuldigten Person	129
8.3.	Mitwirkungsverweigerungsrecht.....	131
8.4.	Verfahrensrechte	133
9.	Rechtsbeistand und Verteidigung	135
9.1.	Rechtsbeistand.....	135
9.2.	Verteidigung im Allgemeinen	137
9.3.	Anspruch auf effektive Verteidigung.....	138
9.4.	Rechtsnatur der Verteidigung.....	139
9.5.	Notwendige und fakultative Verteidigung	140
9.5.1.	Voraussetzungen der notwendigen Verteidigung.....	140
9.5.2.	Verfahren der notwendigen Verteidigung.....	143
9.6.	Private und amtliche Verteidigung.....	145
9.6.1.	Voraussetzungen der amtlichen Verteidigung	147
9.6.1.1.	Verfahrensart.....	147
9.6.1.2.	Bedeutung des Falles	148
9.6.1.3.	Erfolgsaussichten	150
9.6.1.4.	Bedürftigkeit	151

9.6.2.	Verfahren der amtlichen Verteidigung.....	153
9.6.3.	Wechsel der amtlichen Verteidigung	156
9.6.4.	Entschädigung der amtlichen Verteidigung	157
9.6.4.1.	Bemessungsgrundsätze	157
9.6.4.2.	Kostenbeschwerde	160
9.6.4.3.	Ausschliesslichkeit der Entschädigung	163
9.7.	Aufgaben des Verteidigers	163
9.7.1.	Unabhängigkeit	164
9.7.2.	Verschwiegenheit.....	166
9.7.3.	Standesrechtliche Pflichten	167
9.8.	Massnahmen bei Missbrauch der Parteirechte	170
10.	Privatklägerschaft	171
10.1.	Begriffsklärung	171
10.2.	Geschädigte Person	171
10.3.	Opfer	177
10.3.1.	Opferhilfegesetz	177
10.3.2.	Begriff des Opfers	178
10.4.	Privatklägerschaft.....	180
10.4.1.	Recht auf Zulassung	180
10.4.2.	Verfahrensrechte	183
10.4.3.	Unentgeltliche Rechtspflege	183
10.5.	Zivilklage	187
10.5.1.	Voraussetzungen	187
10.5.2.	Verfahren	189
10.5.3.	Entscheid	191
V.	Kapitel: Verfahrensrechte und Verfahrensgrundsätze	195
11.	Verfahrensrechte	197
11.1.	Rechtliches Gehör	197
11.2.	Informationsrechte	199
11.2.1.	Rechtsbelehrung.....	199
11.2.2.	Art und Grund der Beschuldigung	200
11.2.3.	Akteneinsicht.....	201
11.2.3.1.	Akteneinsicht der Parteien	201
11.2.3.2.	Akteneinsicht von Drittpersonen.....	204
11.2.3.3.	Einsicht in archivierte Akten.....	206
11.2.4.	Übersetzung.....	207
11.2.5.	Begründung	210
11.3.	Mitwirkungsrechte	210
11.3.1.	Eingaben der Beteiligten	210
11.3.2.	Eigene Ermittlungen.....	212
11.3.3.	Beweisantrag	213
11.3.4.	Konfrontation mit Belastungszeugen	215

11.3.5.	Teilnahme an Beweiserhebungen.....	218
11.3.6.	Teilnahme der Verteidigung.....	222
12.	Schutzmassnahmen.....	225
12.1.	Voraussetzungen für Schutzmassnahmen	225
12.2.	Beschränkung von Verfahrensrechten.....	225
12.3.	Wahrung der Anonymität.....	226
12.4.	Massnahmen zum Schutz verdeckter Ermittler.....	229
12.5.	Massnahmen zum Schutz von Opfern.....	229
12.5.1.	Informationsrechte	230
12.5.2.	Andere Verfahrensrechte.....	231
12.5.3.	Vermeidung einer Gegenüberstellung.....	233
12.6.	Zeugenschutz.....	235
13.	Allgemeine Verfahrensgrundsätze	237
13.1.	Fairnessgebot.....	237
13.2.	Offizialmaxime	238
13.2.1.	Verfolgungszwang	238
13.2.2.	Antragsdelikte	239
13.2.3.	Ermächtigungsdelikte.....	241
13.2.3.1.	Parlamentarische Immunität	241
13.2.3.2.	Beamtenrechtliche Ermächtigung	242
13.3.	Legalitäts- und Opportunitätsprinzip.....	245
13.3.1.	Legalitätsprinzip.....	245
13.3.2.	Opportunitätsprinzip	246
13.3.3.	Mediation	250
13.4.	Untersuchungsgrundsatz	251
13.5.	Verbot der doppelten Strafverfolgung.....	252
13.6.	Anklagegrundsatz.....	255
13.7.	Unmittelbarkeitsprinzip.....	259
13.8.	Beschleunigungsgebot.....	260
13.9.	Öffentlichkeitsprinzip	263
13.9.1.	Parteiöffentlichkeit im Vorverfahren	264
13.9.1.1.	Mitteilungen an andere Behörden	265
13.9.1.2.	Mitteilungen an die Öffentlichkeit.....	266
13.9.2.	Publikumsöffentlichkeit im Gerichtsverfahren	268
13.9.2.1.	Öffentliche Gerichtsverhandlung.....	268
13.9.2.2.	Ausschluss der Öffentlichkeit	270
13.9.3.	Öffentliche Urteilsverkündung.....	271
13.9.4.	Gerichtsberichterstattung	273
VI.	Kapitel: Beweismittel und Beweiswürdigung.....	277
14.	Einvernahme	279
14.1.	Allgemeine Bestimmungen	279
14.2.	Einvernahme der beschuldigten Person	282

14.3.	Unzulässige Einvernahmemethoden	284
14.3.1.	Freiheit zur Aussage.....	284
14.3.2.	Freiheit der Aussage.....	286
15.	Zeuge und Auskunftsperson.....	289
15.1.	Begriffe des Zeugen und der Auskunftsperson	289
15.2.	Zeugenpflichten.....	292
15.3.	Zeugnisverweigerungsrecht	293
15.3.1.	Persönliche Beziehungen	293
15.3.2.	Eigener oder Schutz nahestehender Personen	294
15.3.3.	Amtsgeheimnis.....	295
15.3.4.	Berufsgeheimnis.....	296
15.3.5.	Quellenschutz der Medienschaffenden	300
15.3.6.	Weitere Geheimhaltungspflichten.....	301
15.4.	Einvernahme als Zeugin oder Zeuge.....	302
15.5.	Einvernahme als Auskunftsperson	305
15.6.	Glaubhaftigkeitsprüfung.....	305
16.	Sachverständige	309
16.1.	Problematik des Sachverständigenbeweises	309
16.2.	Begriff und Aufgaben des Sachverständigen	310
16.3.	Voraussetzungen der Begutachtung	311
16.4.	Ernennung und Auftrag des Sachverständigen	312
16.4.1.	Fachliche Qualifikation	312
16.4.2.	Persönliche Ausführung und Delegation.....	313
16.4.3.	Ausstand.....	314
16.4.4.	Auftrag	316
16.5.	Ausarbeitung des Gutachtens	318
16.5.1.	Methoden der Begutachtung	318
16.5.2.	Beizug des Sachverständigen	319
16.5.3.	Erhebungen des Sachverständigen	320
16.5.4.	Aktengutachten	322
16.5.5.	Ambulante und stationäre Begutachtung	323
16.5.6.	Form des Gutachtens.....	324
16.6.	Privatgutachten.....	325
16.7.	Würdigung des Gutachtens	325
17.	Sachliche Beweismittel	327
17.1.	Augenschein.....	327
17.2.	Beizug von Akten und Einholen von Auskünften.....	328
18.	Beweiswürdigung	331
18.1.	Beweismittel als Grundlage der Beweiswürdigung	331
18.2.	Strafprozess als Weg zur Entscheidung	332
18.3.	Unschuldsvermutung.....	333
18.4.	Freie Beweiswürdigung.....	333
18.5.	In dubio pro reo.....	335

18.6.	Beweisverbote	337
18.6.1.	Beweiserhebungsverbot	337
18.6.2.	Beweismethodenverbot	338
18.6.3.	Beweisverwertungsverbot	339
18.6.3.1.	Absolutes Beweisverwertungsverbot	340
18.6.3.2.	Relatives Beweisverwertungsverbot	341
18.6.4.	Fernwirkung des Beweisverwertungsverbots.....	342
18.6.5.	Ausscheidung von Beweisen.....	345
18.6.6.	Privat beschaffte Beweise	347
VII.	Kapitel: Prozessuale Zwangsmassnahmen	349
19.	Zwangsmassnahmen allgemein.....	351
20.	Vorladung, Vorführung und Fahndung.....	355
20.1.	Vorladung.....	355
20.2.	Polizeiliche Vorführung	356
20.3.	Freies Geleit	357
20.4.	Fahndung.....	358
20.4.1.	Ausschreibung.....	359
20.4.2.	Mithilfe der Öffentlichkeit bei der Fahndung	360
21.	Strafprozessualer Freiheitsentzug	363
21.1.	Allgemeine Bestimmungen	363
21.2.	Polizeiliche Anhaltung und vorläufige Festnahme.....	364
21.2.1.	Polizeiliche Anhaltung.....	364
21.2.2.	Polizeiliche Razzia	367
21.2.3.	Vorläufige Festnahme	367
21.3.	Haftgründe.....	369
21.3.1.	Dringender Tatverdacht.....	369
21.3.2.	Besondere Haftgründe.....	371
21.3.3.	Kollusionsgefahr	371
21.3.4.	Fluchtgefahr	375
21.3.5.	Wiederholungsgefahr	377
21.3.6.	Ausführungsgefahr	380
21.4.	Haftdauer.....	383
21.5.	Ersatzmassnahmen für Haft	385
21.5.1.	Ersatzmassnahmen im Allgemeinen	385
21.5.2.	Sicherheitsleistung	389
21.6.	Haftverfahren	391
21.6.1.	Untersuchungs- und Sicherheitshaft.....	391
21.6.2.	Anordnung der Untersuchungshaft	392
21.6.2.1.	Staatsanwaltschaft.....	392
21.6.2.2.	Zwangsmassnahmengericht	393
21.6.2.3.	Fristen	396

	21.6.2.4. Haftverlängerung	397
	21.6.2.5. Haftentlassungsgesuch	399
21.6.3.	Anordnung der Sicherheitshaft.....	400
	21.6.3.1. Während des Gerichtsverfahrens	400
	21.6.3.2. Nach dem erstinstanzlichen Urteil	401
	21.6.3.3. Während des Berufungsverfahrens	403
	21.6.3.4. Nach rechtskräftiger Verurteilung.....	405
	21.6.3.5. Bei nachträglichen Entscheiden	405
21.7.	Haftbeschwerde.....	407
	21.7.1. Legitimation der Staatsanwaltschaft	407
	21.7.2. Beschwerden der Staatsanwaltschaft	408
	21.7.3. Allgemeine Verfahrensregeln	411
21.8.	Vollzug der Untersuchungshaft.....	413
	21.8.1. Allgemeine Grundsätze	413
	21.8.2. Freier Verkehr mit der Verteidigung.....	415
	21.8.3. Freiräume innerhalb der Anstalt.....	417
	21.8.4. Kontakte zur Aussenwelt	419
	21.8.5. Sicherungs- und Disziplinarmassnahmen	422
	21.8.6. Hafterstehungsfähigkeit	422
21.9.	Vorzeitiger Straf- und Massnahmenvollzug.....	424
22.	Durchsuchung und Untersuchung.....	427
	22.1. Editionsaufforderung.....	427
	22.2. Anordnung und Durchführung.....	428
	22.3. Hausdurchsuchung.....	430
	22.4. Durchsuchung von Aufzeichnungen	432
	22.4.1. Schutz von Geheimhaltungsinteressen.....	432
	22.4.2. Vorläufige Sicherstellung.....	433
	22.4.3. Siegelung.....	434
	22.4.4. Entsiegelungsverfahren	436
	22.4.5. Ausscheidung.....	438
	22.4.6. Durchsuchungsverbot.....	440
22.5.	Durchsuchung von Personen.....	443
22.6.	Untersuchung von Personen.....	445
22.7.	DNA-Analysen und DNA-Datenbank.....	447
22.8.	Erkennungsdienstliche Erfassung	452
22.9.	Schrift- und Sprachproben	455
23.	Beschlagnahme	457
	23.1. Beweisbeschlagnahme	458
	23.2. Einziehungsbeschlagnahme	458
	23.2.1. Sicherungseinziehung	459
	23.2.2. Einziehung von Vermögenswerten	460
	23.2.2.1. Ausgleichseinziehung	460

	23.2.2.2. Ersatzforderung.....	464
	23.2.2.3. Verwendung zugunsten Geschädigter.....	468
23.3.	Kostendeckungsbeschlagnahme.....	468
23.4.	Durchführung der Beschlagnahme.....	470
	23.4.1. Beschlagnahmebefehl	470
	23.4.2. Aufhebung der Beschlagnahme	473
	23.4.3. Teilung eingezogener Vermögenswerte	474
24.	Verdeckte Zwangsmassnahmen.....	477
24.1.	Offene und verdeckte Zwangsmassnahmen.....	477
24.2.	Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs	478
	24.2.1. Anwendungsbereich.....	478
	24.2.1.1. Kommunikationsvorgänge	478
	24.2.1.2. Gesetzliche Grundlagen	480
	24.2.1.3. Randdaten	481
	24.2.1.4. Besondere Formen der Überwachung.....	483
	24.2.2. Voraussetzungen	485
	24.2.3. Überwachte Anschlüsse	487
	24.2.4. Anordnungs- und Genehmigungsverfahren	490
	24.2.5. Durchführung der Überwachung.....	492
	24.2.6. Zufallsfunde	494
	24.2.7. Nachträgliche Mitteilung und Beschwerde	496
24.3.	Technische Überwachungsgeräte	498
24.4.	Observation	502
24.5.	Überwachung von Bankbeziehungen.....	502
24.6.	Verdeckte Ermittlung.....	503
	24.6.1. Verdeckte Ermittlung und verdeckte Fahndung.....	503
	24.6.2. Anordnung und Genehmigung	507
	24.6.3. Durchführung der verdeckten Ermittlung	509
	24.6.4. Einwirkung auf die Zielperson	511
	24.6.5. Folgen einer unzulässigen Einwirkung	512
VIII.	Kapitel: Formeller Gang des Strafverfahrens.....	513
25.	Akten, Entscheide und Fristen	515
25.1.	Aktenführung	515
25.2.	Protokollierung.....	516
	25.2.1. Bedeutung des Protokolls.....	516
	25.2.2. Verfahrensprotokoll	517
	25.2.3. Einvernahmeprotokoll.....	518
	25.2.4. Protokollberichtigung.....	520
25.3.	Entscheide, Beschlüsse, Verfügungen.....	521
	25.3.1. Klassifikation der Entscheide.....	521
	25.3.2. Form, Inhalt und Begründung	522
	25.3.3. Eröffnung	526

25.3.4.	Zustellung.....	528
25.3.4.1.	Zustelladressat und Zustelldomizil	528
25.3.4.2.	Form der Zustellung.....	529
25.3.4.3.	Zustellfiktion.....	530
25.3.4.4.	Öffentliche Bekanntmachung	533
25.3.5.	Erläuterung und Berichtigung	534
25.4.	Fristen und Termine	535
25.4.1.	Fristberechnung.....	535
25.4.2.	Fristwahrung	537
25.4.3.	Wiederherstellung	539
26.	Vorverfahren.....	543
26.1.	Vorverfahren und Hauptverfahren	543
26.2.	Anzeige	543
26.2.1.	Anzeigerecht	544
26.2.2.	Anzeigepflicht	545
26.3.	Polizeiliches Ermittlungsverfahren	546
26.3.1.	Polizeiliche Informationsbeschaffung.....	546
26.3.2.	Polizeiliches Ermittlungsverfahren	549
26.4.	Ermittlung und Untersuchung	550
26.4.1.	Abgrenzung.....	550
26.4.2.	Polizeiliche Rapportierung.....	552
26.4.3.	Polizeiliche Mitwirkung in der Untersuchung	553
26.5.	Untersuchung durch die Staatsanwaltschaft.....	555
26.5.1.	Eröffnung der Untersuchung.....	555
26.5.2.	Nichtanhandnahmeverfügung	557
26.5.3.	Durchführung der Untersuchung.....	559
26.5.4.	Sistierung der Untersuchung.....	561
26.5.5.	Vergleich.....	562
26.6.	Abschluss der Untersuchung.....	563
26.7.	Einstellung des Verfahrens.....	564
26.7.1.	Materiell-rechtliche Einstellungsgründe	564
26.7.2.	Weitere Einstellungsgründe	566
26.7.3.	Verfahren der Einstellung	567
26.7.4.	Wiederaufnahme des eingestellten Verfahrens	570
26.8.	Anklageerhebung	571
27.	Erstinstanzliches Hauptverfahren.....	575
27.1.	Rechtshängigkeit.....	575
27.2.	Immutabilität der Anklage	576
27.3.	Vorbereitung der Hauptverhandlung.....	578
27.3.1.	Prüfung der Anklage	578
27.3.2.	Einstellung des Verfahrens.....	579
27.3.3.	Anordnungen.....	580

27.4.	Durchführung der Hauptverhandlung	581
27.4.1.	Gerichtsbesetzung	581
27.4.2.	Parteien und Verfahrensbeteiligte	582
27.4.3.	Sitzungspolizeiliche Massnahmen	583
27.4.4.	Vor- und Zwischenfragen.....	585
27.4.5.	Zweiteilung der Verhandlung.....	586
27.4.6.	Beweisverfahren.....	587
27.4.7.	Parteivorträge	590
27.4.8.	Gerichtlicher Entscheid	591
28.	Besondere Verfahrensarten	593
28.1.	Übertretungsstrafverfahren.....	593
28.1.1.	Ordnungsbussenverfahren.....	593
28.1.2.	Verwaltungsstrafverfahren	595
28.2.	Strafbefehl.....	595
28.2.1.	Voraussetzungen des Strafbefehls.....	596
28.2.2.	Verfahren des Strafbefehls	597
28.2.3.	Einsprache gegen den Strafbefehl	599
28.2.4.	Gerichtliche Beurteilung	601
28.3.	Abgekürztes Verfahren	604
28.3.1.	Informelle Absprachen.....	604
28.3.2.	Anklageschrift.....	605
28.3.3.	Urteil	607
28.4.	Selbstständige nachträgliche Entscheide.....	608
28.5.	Abwesenheitsverfahren	611
28.6.	Selbstständige Massnahmeverfahren	614
28.6.1.	Friedensbürgschaft	614
28.6.2.	Verfahren bei einer schuldunfähigen Person.....	615
28.6.3.	Selbstständiges Einziehungsverfahren	616
IX.	Kapitel: Rechtsmittel	619
29.	Allgemeine Rechtsmittelgrundsätze.....	621
29.1.	Arten von Rechtsmitteln.....	621
29.2.	Rechtsmittelsystem	622
29.3.	Rechtsmittellegitimation	624
29.3.1.	Legitimation der Staatsanwaltschaft	625
29.3.2.	Legitimation der Staatsanwaltschaft des Bundes	627
29.3.3.	Legitimation der übrigen Parteien.....	627
29.4.	Allgemeine Rechtsmittelbestimmungen.....	629
29.4.1.	Dispositionsmaxime	630
29.4.2.	Endgültige oder nicht anfechtbare Entscheide	630
29.4.3.	Anfechtungsobjekt	631
29.4.4.	Aktuelles Rechtsschutzinteresse	631
29.4.5.	Sicherheitsleistung der Privatklägerschaft	633

29.4.6.	Rügegründe	634
29.4.7.	Rechtsmittelverfahren	635
29.4.7.1.	Rechtsmittelfrist	635
29.4.7.2.	Begründung und Form	635
29.4.7.3.	Vorsorgliche Massnahmen	636
29.4.7.4.	Beweisergänzungen	638
29.4.7.5.	Schriftliches Verfahren	638
29.4.7.6.	Rechtsmittelentscheid	639
30.	Rechtsmittel im Einzelnen	641
30.1.	Beschwerde	641
30.1.1.	Anfechtungsobjekt	641
30.1.2.	Beschwerdeverfahren	643
30.1.3.	Beschwerdeentscheid	645
30.2.	Berufung	646
30.2.1.	Anfechtungsobjekt	646
30.2.2.	Berufungsanmeldung und -erklärung	648
30.2.2.1.	Beschränkung der Anfechtung	649
30.2.2.2.	Anschlussberufung	650
30.2.3.	Berufungsverfahren	651
30.2.3.1.	Mündliches Verfahren	652
30.2.3.2.	Vorladung der Parteien	654
30.2.3.3.	Schriftliches Verfahren	655
30.2.4.	Berufungsentscheid	657
30.2.4.1.	Reformatorischer Entscheid	657
30.2.4.2.	Schlechterstellungsverbot	658
30.2.5.	Verfahren nach Aufhebung und Rückweisung	660
30.3.	Revision	662
30.3.1.	Anfechtungsobjekt	663
30.3.2.	Revisionsgründe	664
30.3.2.1.	Neue Tatsachen oder Beweismittel	664
30.3.2.2.	Andere Revisionsgründe	666
30.3.3.	Revisionsverfahren	667
30.3.4.	Revisionsentscheid	668
31.	Beschwerde in Strafsachen	671
31.1.	Anfechtungsobjekt	671
31.1.1.	Entscheide in Strafsachen	671
31.1.2.	Vorinstanzen	673
31.1.3.	Endentscheide, Vor- und Zwischenentscheide	675
31.2.	Legitimation	676
31.2.1.	Legitimation im Allgemeinen	676
31.2.2.	Staatsanwaltschaft	677
31.2.3.	Parteien und andere Verfahrensbeteiligte	679

31.3.	Beschwerdebegründung	682
31.4.	Beschwerdeverfahren	684
31.5.	Beschwerdeentscheid	685
X.	Kapitel: Kosten, Entschädigungen, Rechtskraft und Vollstreckung.....	687
32.	Kosten und Entschädigungen.....	689
32.1.	Kosten des Strafverfahrens.....	689
32.1.1.	Verfahrenskosten.....	689
32.1.1.1.	Gebühren.....	689
32.1.1.2.	Auslagen	690
32.1.2.	Allgemeine Kostenbestimmungen	692
32.1.2.1.	Fehlerhafte Verfahrenshandlungen	692
32.1.2.2.	Haftung von Drittpersonen.....	693
32.1.2.3.	Rückgriff.....	694
32.1.3.	Kostenentscheid	696
32.1.4.	Kostenverlegung	698
32.1.4.1.	Beschuldigte Person.....	698
32.1.4.2.	Privatklägerschaft	702
32.1.4.3.	Antragstellende Person	704
32.1.4.4.	Rechtsmittelverfahren	705
32.1.4.5.	Kostenauflage an die Rechtsvertretung....	707
32.2.	Entschädigung und Genugtuung	708
32.2.1.	Vorbemerkungen und Kostenträger	708
32.2.2.	Ansprüche der beschuldigten Person	709
32.2.2.1.	Verteidigungskosten.....	710
32.2.2.2.	Wirtschaftliche Einbussen.....	712
32.2.2.3.	Genugtuung und Haftentschädigung.....	713
32.2.3.	Ansprüche der Privatklägerschaft und Dritter	718
32.2.4.	Entschädigung im Rechtsmittelverfahren	719
32.2.5.	Entschädigungsverfahren	720
33.	Rechtskraft und Vollstreckung.....	723
33.1.	Formelle Rechtskraft	723
33.2.	Vollstreckung der Strafentscheide.....	726
33.2.1.	Rechtliche Grundlagen.....	726
33.2.2.	Freiheitsentziehende Strafen und Massnahmen	727
33.2.3.	Geldstrafen, Bussen und Verfahrenskosten.....	729
33.3.	Begnadigung	730
	Sachregister.....	733
	Gesetzesregister	763

Abkürzungsverzeichnis

Es werden nur die Abkürzungen für Gesetze und Periodika aufgeführt. Im Übrigen werden die gebräuchlichen Abkürzungen verwendet.

AFIS	Automatisiertes Fingerabdruckidentifizierungssystem, betrieben vom BA für Polizei
AIG	BG über die Ausländerinnen und Ausländer und über die Integration; SR 142.20
Anerk.-VO	VO des EJPD über die Anerkennung von Plattformen für die sichere Zustellung im Rahmen von rechtlichen Verfahren vom 16. September 2014; SR 272.11
AnlageVO	VO über die Anlage beschlagnahmter Vermögenswerte vom 3. Dezember 2010; SR 312.057
ATSG	BG über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts vom 6. Oktober 2000; SR 830.1
AuG	BG über die Ausländerinnen und Ausländer und über die Integration vom 16. Dezember 2005; SR 142.20
AWK	Anwaltskammer
BAKOMVO	VO des BAKOM über Zertifizierungsdienste im Bereich der elektronischen Signatur und anderer Anwendungen digitaler Zertifikate vom 23. November 2016; SR 943.032.1
BankG	BG über die Banken und Sparkassen vom 8. November 1934; SR 952.0
BAP	Bundesamt für Polizei (fedpol)
BBl	Bundesblatt
BetmG	BG über die Betäubungsmittel vom 3. Oktober 1951; SR 812.121
BG	Bundesgesetz
BGA	BG über die Archivierung vom 26. Juni 1998; SR 152.1
BGE	Amtliche Sammlung der Entscheidungen des Schweizerischen Bundesgerichts
BGer	Bundesgericht
BGerR	Reglement für das Bundesgericht vom 20. November 2006; SR 173.110.131
BGFA	BG über die Freizügigkeit der Anwältinnen und Anwälte vom 23. Juni 2000; SR 935.61
BGG	BG über das Bundesgericht vom 17. Juni 2005; SR 173.110
BGH	Bundesgerichtshof (Deutschland)

BGÖ	BG über das Öffentlichkeitsprinzip der Verwaltung vom 17. Dezember 2004; SR 152.3
BG-RVUS	BG zum Staatsvertrag mit den Vereinigten Staaten von Amerika über gegenseitige Rechtshilfe in Strafsachen vom 3. Oktober 1975; SR 351.93
BGST	BG über die Sicherheitsorgane der Transportunternehmen im öffentlichen Verkehr vom 18. Juni 2010; SR 745.2
BJ	Bundesamt für Justiz
BPG	Bundespersonalgesetz vom 24. März 2000; SR 172.220.1
BPI	BG über die polizeilichen Informationssysteme des Bundes vom 13. Juni 2008; SR 361
BPS	BG über die im Ausland erbrachten privaten Sicherheitsdienstleistungen vom 27. November 2013; SR 935.41
BStG	Bundesstrafgericht
BStKR	Reglement des Bundesstrafgerichts über die Kosten, Gebühren und Entschädigungen in Bundesstrafverfahren vom 31. August 2010; SR 173.713.162
BÜPF	BG betreffend die Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs vom 18. März 2016; SR 780.1
BV	Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18. Dezember 1998; SR 101
BVE	BG über die verdeckte Ermittlung vom 20. Juni 2003; SR 312.8 (aufgehoben)
BVerfG	Bundesverfassungsgericht (Deutschland)
BVG	BG über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge vom 25. Juni 1982; SR 831.40
BWIS	BG über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit vom 21. März 1997; SR 120
DBG	BG über die direkte Bundessteuer vom 14. Dezember 1990; SR 642.11
DNA-Profil-G	BG über die Verwendung von DNA-Profilen im Strafverfahren vom 20. Juni 2003; SR 363
DNA-Profil-VO	VO über die Verwendung von DNA-Profilen im Strafverfahren vom 3. Dezember 2004; SR 363.1
DSG	BG über den Datenschutz vom 19. Juni 1992; SR 235.1
E BGG 2018	Entwurf zur Änderung des Bundesgerichtsgesetzes vom 15. Juni 2018; BBl 2018, 4663
E StPO	Entwurf zur Änderung der Strafprozessordnung vom 28. August 2019; BBl 2019, 6789

EAUe	Europäisches Auslieferungsübereinkommen vom 13. Dezember 1957; SR 0.353.1
ED-VO	VO über die Bearbeitung biometrischer erkennungsdienstlicher Daten vom 21. November 2001; SR 361.3
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EGMR VO	Verfahrensordnung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte vom 4. November 1998; SR 0.101.2
EG-StPO-SG	Einführungsgesetz zur Schweizerischen Straf- und Jugendstrafprozessordnung vom 3. August 2010; sGS 962.1
EJPD	Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
EKMR	Europäische Kommission für Menschenrechte
ELG	BG über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung vom 19. März 1965; SR 831.30
ELPAG-VO	VO über das elektronische Personen-, Akten- und Geschäftsverwaltungssystem des Bundesamtes für Justiz vom 23. September 2016; SR 351.12
EL-Übermittlung	VO über die elektronische Übermittlung im Rahmen von Zivil- und Strafprozessen sowie von Schuldbetreibungs- und Konkursverfahren vom 18. Juni 2010; SR 272.1
EmbG	BG über die Durchsetzung von internationalen Sanktionen (Embargogesetz) vom 22. März 2001; SR 946.231
EMRK	Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 4. November 1950; SR 0.101
EUeR	Europäisches Übereinkommen über die Rechtshilfe in Strafsachen vom 20. April 1959; SR 0.351.1
EÜBF	Europäisches Übereinkommen über die Berechnung von Fristen vom 16. Mai 1973; SR 0.221.122.3
EÜBT	Europäisches Übereinkommen zur Bekämpfung des Terrorismus vom 27. Januar 1977; SR 0.353.3
EuGRZ	Europäische Grundrechte (Zeitschrift)
FMG	Fernmeldegesetz vom 30. April 1997; SR 784.10
G	Gesetz
GefängnisVO	VO über die Gefängnisse und Vollzugsanstalten vom 13. Juni 2000; sGS 962.14
GerG-SG	Gerichtsgesetz vom 2. April 1987; sGS 941.1
Gerichtsbericht	Richtlinien betreffend die Gerichtsberichterstattung am Bundesgericht vom 6. November 2006; SR 173.110.133
GKV-SG	Gerichtskostenverordnung vom 9. Dezember 2010; sGS 941.12

GO-SG	Gerichtsordnung vom 9. Dezember 2010; sGS 941.21
GwG	BG über die Bekämpfung der Geldwäscherei und der Terrorismusfinanzierung vom 10. Oktober 1997 (Geldwäschereigesetz); SR 955.0
Haager-UeK	Übereinkunft betreffend Zivilprozessrecht, abgeschlossen in Den Haag am 1. März 1954; SR 0.274.12
HonO-SG	Honorarordnung für Rechtsanwälte und Rechtsgängen vom 22. April 1994; sGS 963.75
Interpol-VO	VO über das Nationale Zentralbüro Interpol Bern vom 1. Dezember 1986; SR 351.21
IPAS-VO	VO über das informatisierte Personennachweis-, Aktennachweis- und Verwaltungssystem im Bundesamt für Polizei vom 15. Oktober 2008; SR 361.2
IPRG	BG über das internationale Privatrecht vom 18. Dezember 1987; SR 291
IRSG	BG über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen vom 20. März 1981; SR 351.1
IRSV	VO über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen vom 24. Februar 1982; SR 351.11
JANUS-VO	VO über das Informationssystem der Bundeskriminalpolizei vom 15. Oktober 2008; SR 360.2
JStG	BG über das Jugendstrafrecht vom 20. Juni 2003 (Jugendstrafgesetz); SR 311.1
JStPO	Schweizerische Jugendstrafprozessordnung vom 20. März 2009 (Jugendstrafprozessordnung); SR 312.1
KESB	Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde
KKJPD	Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren
KSBS	Konferenz der Strafverfolgungsbehörden der Schweiz
LFG	BG über die Luftfahrt; SR 748.0
LSMG	BG über die Leistungen des Bundes für den Straf- und Massnahmenvollzug vom 5. Oktober 1984; SR 341
LSMV	VO über die Leistungen des Bundes für den Straf- und Massnahmenvollzug vom 21. November 2007; SR 341.1
MAG	Militärappellationsgericht
MGwV	Verordnung über die Meldestelle für Geldwäscherei vom 25. August 2004; SR 955.23
Mitteilung VO	VO über die Mitteilung kantonalen Strafentscheide vom 10. November 2004; SR 312.3

MKG	Militärkassationsgericht
MKGE	Entscheidungen des Militärkassationsgerichts
MStG	Militärstrafgesetz vom 13. Juni 1927; SR 321.0
MStP	Militärstraßprozess vom 23. März 1979; SR 322.1
NG	Nachtragsgesetz
N-SIS-VO	Verordnung über den nationalen Teil des Schengener Informationssystems (N-SIS) und das SIRENE-Büro vom 7. Mai 2008; SR 362.0
OBG	Ordnungsbussengesetz vom 24. Juni 1970; SR 314.1
OBV	Ordnungsbussenverordnung vom 4. März 1996; SR 314.11
OHG	BG über die Hilfe an Opfer von Straftaten vom 23. März 2007; SR 312.5
OHV	VO über die Hilfe an Opfer von Straftaten vom 27. Februar 2008; SR 312.51
OR	BG betreffend die Ergänzung des Zivilgesetzbuchs (Fünfter Teil: Obligationenrecht) vom 30. März 1911; SR 220
ParlG	BG über die Bundesversammlung vom 13. Dezember 2002; SR 171.10
PatGG	BG über das Bundespatentgericht (Patentgerichtsgesetz) vom 20. März 2009; SR 173.41
PG	Postgesetz vom 30. April 1997; SR 783.0
PolG-SG	Polizeigesetz vom 10. April 1980; sGS 451.1
Polizeiindex VO	Verordnung über den Nationalen Polizeiindex vom 15. Oktober 2008; SR 361.4
PolTrans	Übereinkunft betreffend die Polizeitransporte vom 23. Juni 1909; SR 354.1
PPGV	VO über psychiatrische und psychologische Gutachten in Straf- und Zivilverfahren vom 1./8. September 2010; ZH-lex 321.4
ReRBGer	Reglement des Bundesgerichts über den elektronischen Rechtsverkehr mit Parteien und Vorinstanzen vom 5. Dezember 2006; SR 173.110.29
RIPOL-VO	VO über das automatisierte Polizeifahndungssystem vom 15. Oktober 2008; SR 361.0
RuVG	BG über die Rückerstattung unrechtmässig erworbener Vermögenswerte politisch exponierter Personen vom 1. Oktober 2010; SR 196.1
RVUS	Staatsvertrag zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und den Vereinigten Staaten von Amerika über gegenseitige Rechtshilfe in Strafsachen vom 25. Mai 1973; SR 0.351. 933.6

SchKG	BG über Schuldbetreibung und Konkurs vom 11. April 1889; SR 281.1
SDÜ	Übereinkommen zur Durchführung des Übereinkommens von Schengen vom 14. Juni 1985 zwischen den Regierungen der Staaten der Benelux-Wirtschaftsunion, der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik betreffend den schrittweisen Abbau der Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen vom 19. Juni 1990 (Schengener Durchführungsübereinkommen)
sGS	Gesetzessammlung des Kantons St. Gallen, Systematische Ordnung
SIaG	BG über den Informationsaustausch zwischen den Strafverfolgungsbehörden des Bundes und denjenigen der anderen Schengen-Staaten vom 12. Juni 2009; SR 362.2
SKV	VO über die Kontrolle des Strassenverkehrs vom 28. März 2007; SR 741.013
SR	Systematische Sammlung des Bundesrechts
SRVG	BG über die Sperrung und die Rückerstattung unrechtmässig erworbener Vermögenswerte ausländischer politisch exponierter Personen vom 18. Dezember 2015; SR 196.1
SSK	Schweizerische Staatsanwälte-Konferenz
StA	Staatsanwaltschaft
StBOG	BG vom 19. März 2010 über die Organisation der Strafbehörden des Bundes vom 19. März 2010; SR 173.71
StGB	Schweizerisches Strafgesetzbuch vom 21. Dezember 1937; SR 311.0
StGH	BG über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden vom 14. Dezember 1990; SR 642.14
StPO	Schweizerische Strafprozessordnung vom 5. Oktober 2007; SR 312.0
StPO Botschaft	Botschaft zur Vereinheitlichung des Strafprozessrechts vom 21. Dezember 2005, BBl 2006, 1085 ff.
StrafregVO	Verordnung über das Strafregister vom 29. September 2006 (VOSTRA-Verordnung); SR 331
SVG	BG über den Strassenverkehr vom 19. Dezember 1958; SR 41.01
TEVG	BG über die Teilung eingezogener Vermögenswerte vom 19. März 2004; SR 312.4
TPF	Leitentscheide des Bundesstrafgerichts
UNO-Pakt II	Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte vom 16. Dezember 1966; SR 0.103.2

UWG	BG über den unlauteren Wettbewerb vom 30. September 1943; SR 241
VBAP	VO über die Wahrnehmung kriminalpolizeilicher Aufgaben im Bundesamt für Polizei vom 30. November 2001; SR 360.1
VBGA	VO zum BG über die Archivierung vom 8. September 1999; SR 152.11
VBGA-BGer	VO des Bundesgerichts zum Archivierungsgesetz vom 27. September 1999; SR 152.21
VBGÖ	VO über das Öffentlichkeitsprinzip der Verwaltung vom 24. Mai 2006; SR 152.31
VBVV	VO über die Vermögensverwaltung im Rahmen einer Beistandschaft oder Vormundschaft vom 4. Juli 2012; SR 211.223.11
VE StPO 2017	Vorentwurf zur Änderung der Strafprozessordnung vom 1. Dezember 2017
VEB	Verwaltungsentscheide der Bundesbehörden
VES	VO über den Einsatz privater Sicherheitsfirmen vom 31. Oktober 2007; SR 124
VEZV	VO über das Informationssystem der Eidgenössischen Zollverwaltung für Strafsachen vom 6. März 2000; SR 313.041
VG	BG über die Verantwortlichkeit des Bundes sowie seiner Behördenmitglieder und Beamten (Verantwortlichkeitsgesetz) vom 14. März 1958; SR 170.32
VGG	BG vom 17. Juni 2005 über das Bundesverwaltungsgericht (Verwaltungsgerichtsgesetz) vom 17. Juni 2005; SR 173.32
VO	Verordnung
VPB	Verwaltungspraxis der Bundesbehörden
VRP-SG	Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege vom 16. Mai 1965; sGS 951.1
VRV	Verkehrsregelverordnung vom 13. November 1962; SR 741.11
V-StGB-MStG	VO zum Strafgesetzbuch und zum Militärstrafgesetz vom 19. September 2006; SR 311.01
VStrR	BG über das Verwaltungsstrafrecht vom 22. März 1974; SR 313.0
VTS	VO über die technischen Anforderungen an Strassenfahrzeuge vom 19. Juni 1995; SR 741.41
VÜPF	VO über die Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs vom 15. November 2017; SR 780.1
VVE	VO über die verdeckte Ermittlung vom 10. November 2004; SR 312.81

VVG	BG über den Versicherungsvertrag vom 2. April 1908; SR 221.229.1
VZertES	VO über Zertifizierungsdienste im Bereich der elektronischen Signatur und anderer Anwendungen digitaler Zertifikate (VO über die elektronische Signatur) vom 23. November 2016; SR 943.032
VZV	VO über die Zulassung von Personen und Fahrzeugen zum Strassenverkehr vom 27. Oktober 1976; SR 741.51
Wiener Ü	Wiener Übereinkommen über konsularische Beziehungen vom 24. April 1963; SR 0.191.02
ZAG	BG über die Anwendung polizeilichen Zwangs und polizeilicher Massnahmen im Zuständigkeitsbereich des Bundes vom 20. März 2008; SR 364
ZAV	VO über die Anwendung polizeilichen Zwangs und polizeilicher Massnahmen im Zuständigkeitsbereich des Bundes vom 12. November 2008; SR 364.3
ZbJV	Zeitschrift des Bernischen Juristenvereins
ZBl	Zentralblatt für die Staats- und Gemeindeverwaltung
ZentG	BG über kriminalpolizeiliche Zentralstellen des Bundes und gemeinsame Zentren für Polizei- und Zollzusammenarbeit mit anderen Staaten vom 7. Oktober 1994; SR 360
ZertES	BG über Zertifizierungsdienste im Bereich der elektronischen Signatur und anderer Anwendungen digitaler Zertifikate (BG über die elektronische Signatur) vom 18. März 2016; SR 943.03
ZeugSG	BG über den ausserprozessualen Zeugenschutz vom 23. Dezember 2011; SR 312.2
ZeugSV	VO über den ausserprozessualen Zeugenschutz vom 7. November 2012; SR 312.21
ZGB	Schweizerisches Zivilgesetzbuch vom 10. Dezember 1907; SR 210
ZIG	BG über die Zusammenarbeit mit den Internationalen Gerichten zur Verfolgung schwerwiegender Verletzungen des humanitären Völkerrechts vom 21. Dezember 1995; SR 351.20
ZISG	BG über die Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof vom 22. Juni 2001; SR 351.6
ZMG	Zwangsmassnahmengericht
ZMG-VO-SG	VO über das Zwangsmassnahmengericht vom 18. November 2010; sGS 926.13

XXX